NDB-Artikel

Lukaschek, *Hans* Politiker, * 22.5.1885 Breslau, † 26.1.1960 Freiburg (Breisgau). (katholisch)

Genealogie
V Philipp (1855-um 1930), Rektor d. Volksschule XLII in B., *S* d. Michael, Bauer u. Schmied in Lonschnik (Oberschlesien), u. d. Johanna Pelzer;

M Maria (1863–1936), *T* d. Baumeisters August Beinert in B. u. d. Ottilie Dahlem;

⚭ Breslau 1911 Magdalena (1890–1978), *T* d. Kaufm. Alois König in B. u. d. Helene Grzimek.

Leben
L. besuchte das Gymnasium in Patschkau und Davos. Seit 1906 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften sowie Volkswirtschaft in Breslau und Berlin (u. a. bei →Gustav Schmoller), legte 1909 die 1. jur. Staatsprüfung ab und wurde 1910 zum Dr. iur. promoviert. Nach dem Assessorexamen arbeitete er beim Patentamt in Berlin, dann beim Breslauer Magistrat. 1916 wurde L. Bürgermeister von Rybnik (Oberschlesien), 1919 Landrat dieses Kreises. Während des Oberschles. Abstimmungskampfes leitete der grundsatzfeste, ideenreiche und auch in schwierigen Situationen besonnene Verwaltungsfachmann die deutsche Abstimmungspropaganda. Nach der am 20.3.1921 erfolgten Volksabstimmung in Oberschlesien und dem Genfer Abkommen von 1922 über die Teilung des Landes war L. eines der deutschen Mitglieder der für die Lösung deutsch-poln. Konflikte eingesetzten „Gemischten Kommission“ unter der Leitung des Schweizers →Felix Calonder. 1927-29 amtierte er als Oberbürgermeister der jungen Industriegroßstadt Hindenburg, 1929 übernahm er die Ämter des Oberpräsidenten der Prov. Oberschlesien und des Regierungspräsidenten in Oppeln. Er steuerte in der Minderheitenpolitik einen Kurs der Verständigung, erzielte große Erfolge im kulturellen Bereich (u. a. 1930 Gründung der Kath. Pädagogischen Akademie in Beuthen, 1931 Eröffnung der Oberschles. Landesbibliothek in Ratibor) und versuchte im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten, dem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg entgegenzuwirken.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30.1.1933 und den Stimmengewinnen der NSDAP im März 1933 wurde auch die bis dahin von Zentrum, SPD und DDP verteidigte demokratische Bastion Oberschlesien gleichgeschaltet. Der beliebte Oberpräsident einer populären Provinz blieb seiner kath. Weltanschauung und seinen humanistisch-demokratischen Grundsätzen – er war Mitglied des Zentrums – treu und schied im Mai 1933

aus seinen Ämtern. Als Rechtsanwalt in Breslau setzte er sich vor Gericht und privat für viele von den neuen Machthabern Verfolgte, auch für Juden, ein. Während des 2. Weltkrieges arbeitete L. im Kreisauer Kreis bei der Gestaltung der Grundlagen für einen Neuaufbau Deutschlands nach dem ersehnten Zusammenbruch des NS-Regimes mit. Nach dem Scheitern des Befreiungsversuches vom 20.7.1944, bei dessen Gelingen L. Landesverweser von Schlesien hätte werden sollen, wurde er verhaftet, mißhandelt und in das KZ Ravensbrück gebracht, aber am 19.4.1945 vom Volksgerichtshof freigesprochen, weil seine Aussagen durch Folter erpreßt worden seien.

L. wirkte nach Kriegsende als Rechtsanwalt und Notar in Berlin, beteiligte sich dort an der Gründung der CDU und war 1945/46 3. Vizepräsident des Landes Thüringen, mußte aber vor den Sowjets fliehen. In Westdeutschland war er zunächst als Amtsgerichtsrat in Königstein (Taunus) tätig, 1948/49 als Präsident des Obergerichtes der Bizone in Köln und 1949 als Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe in Bad Homburg. 1949 berief ihn, der demokratische Glaubwürdigkeit und das Vertrauen vieler seiner ostdeutschen Landsleute besaß, Adenauer zum ersten Bundesminister für Vertriebene. Der über geringen Kompetenzraum verfügende L. bemühte sich redlich um eine Verbesserung des Loses seiner Schicksalsgefährten und um ein gutes Verhältnis von Einheimischen und Heimatvertriebenen, sah sich aber zunehmender Kritik aus den Reihen des „Bundes der vertriebenen Deutschen“ (Linus Kather) ausgesetzt. Immerhin wurden in seiner Amtszeit das Feststellungsgesetz, das Lastenausgleichsgesetz und das Bundesvertriebenengesetz beschlossen. – 1953 nicht mehr in das 2. Kabinett Adenauer berufen, übersiedelte L. nach Freiburg i. Br. und übte die Funktionen des Vizepräsidenten des Deutschen Caritasverbandes, des Präsidenten des Katholischen Flüchtlingsrates und des Präsidenten der Bundesversammlung der Landsmannschaft der Oberschlesier aus.

Werke

u. a. Die Organisation u. d. rechtl. Natur d. Reichsbank, Diss. Breslau 1910;

Oberschles. Dreistädteeinheit? 1929 (mit K. Urbanek);

Die Deutschen in Poln.-Oberschlesien, o. J.;

Das Schulrecht d. nat. Minderheiten in Dtld., 1930 (mit Peter Fischer u. P. Weinhold);

Die dt. Heimatvertriebenen in d. Bundesrepublik Dtld. u. ihre Bedeutung f. Europa, 1950;

Die dt. Heimatvertriebenen als zentrales dt. Problem, ²1952;

Was war u. wollte d. Kreisauer Kreis? 1958 (Ms., ungedr.);

Widerstandsbewegung im Dritten Reich, in: Erziehung u. Beruf 9, 1959, S. 94-96 u. 127-32.

Literatur

H. Schäffer, Meine Erinnerungen an H. L., 1963 (Ms., ungedr.);

L. Kather, Die Entmachtung d. Vertriebenen, 2 Bde., 1964 f.;

G. van Roon, Neu|ordnung im Widerstand, 1967 *(P)*;

H.-L. Abmeier, in: Schles. Lb. V, 1968, S. 228-36 *(P)*;

ders., in: Mitt. d. Beuthener Gesch.- u. Museumsver. 45/47, 1983/85, S. 104-13;

P. van Husen, in: Große Deutsche aus Schlesien, hrsg. v. H. Hupka, ²1978, S. 297-305 *(P)*;

Rhdb. *(P)*;

W. Kosch, Biogr. Staatshdb. II, 1963, S. 797 f.;

Wi. 1958.

Autor

Hans-Ludwig Abmeier

Empfohlene Zitierweise

, „Lukascheck, Hans“, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 514-515 [Onlinefassung]; URL: http://www.deutsche-biographie.de/.html

02. Mai 2025
© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften